

# sol i aktuell



16. Mai, EGB-Aktionstag: Die ChefärztInnen von der IG Metall-Jugend mit ihrer »Operation Übernahme«. Bericht Seite 3.

## Früh gespalten

**Die Jugend zerfällt – in Arm und Reich. Eine neue Studie der DGB-Jugend gibt Aufschluss über auseinanderdriftende gesellschaftliche Milieus.**

**J**ugendmilieus in Deutschland aus gewerkschaftlicher Sicht: Bei dieser neuen Studie der DGB-Jugend geht es darum, bereits vorliegende Jugendstudien – Shell und andere repräsentative Erhebungen – auf ihren gewerkschaftlichen Kontext zu untersuchen.

**Wichtigstes Ergebnis:** Unsicherheit und Angsterleben in Bezug auf den Arbeitsmarkt haben bei den Jugendlichen zugenommen und nehmen noch zu. Am stärksten ist dies bei jenen der Fall, die aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Haushalten stam-

men. Zweites Ergebnis: Damit korrespondiert eine Zunahme der Fremdenfeindlichkeit. Studienleiterin Tatjana Fuchs: »Es wird versucht, Angst zu kanalisieren indem man einen vermeintlichen Schuldigen ausmacht.«

Und das ist sehr gefährlich. Da muss es nicht wundern, dass die Studie eine starke Polarisierung konstatiert: Es gibt mehr Jugendliche, die in armen Verhältnissen, und mehr, die in sehr wohlhabenden Verhältnissen aufwachsen. Die, die nach der Ausbildung in einem Arbeitsverhältnis stehen, sind zu 60 Prozent prekär beschäftigt. D.h. sie sind entweder in Minijobs, befristet oder in Zeitarbeit beschäftigt oder/und beziehen ein Einkommen von unter 1.500 Euro brutto. Diese Gruppe hat so gut wie keine materielle Sicherheit, die Angst vor sozialer Ausgrenzung ist groß.

**Jugend gibt es nicht als solche**, besagt die Auswertung – aber die Gesellschaft driftet schon in jungen Jahren auseinander. Das lässt nicht mal die »Privilegierten« kalt: Wer zu besseren Bedingungen beschäftigt ist, bekommt jeden Tag vor Augen geführt, dass viele AlterskollegInnen bereit sind, sehr viel für sehr wenig Geld zu leisten. Fuchs: »Und das schürt soziale Ängste.«

Aber es geht in der Studie nicht nur um das Umfeld der Jugendlichen. Es geht auch um ihre Einstellungen gegenüber gewerk-

schaftlicher Arbeit. Und die sind – trotz vieler Wissensmängel – erstaunlich positiv: So hält eine überwältigende Mehrheit Tarifverträge für ausgesprochen wichtig. Beratung durch Gewerkschaften wollen immerhin 54 Prozent nicht missen.

Bei der Frage, was hier bindungsrelevant ist, habe sich herausgestellt, dass die Kernkompetenzen der Gewerkschaften geschätzt werden, berichtet Fuchs. Es brauche aber ein stärkeres Wissen um die konkreten Arbeitsbedingungen. Fuchs: »Zum Beispiel, was man gegen den stärkeren Leistungsdruck tun kann: Was tun, wenn ich mir nicht vorstellen kann, noch zwei Jahre durchzuhalten?«

Viele wüssten von diesen Dingen nichts. Und Stress mit dem Chef lasse sich schwer über Tarifverträge regeln.

**Bis es soweit ist**, solle man in Seminaren soziale Kompetenzen vermitteln, meint Fuchs. Dies könne Aufgabe der Jugendvertretungen wie der Gewerkschaften sein. Die Nachfrage sei jedenfalls riesengroß. »Sozialkompetenz nicht isoliert betrachtet, sondern mit gesellschaftspolitischen Themen verknüpft sehen – dies ist zutiefst relevant für die Bildungsarbeit.« [S](#)

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

### INHALT

#### 3 thema

EGB-Aktionstage: Gewerkschaftsjugend mittendrin

#### 4 ausbildung + beruf

Arbeitslose Ausgebildete: Übernehmen, bitte

Angezählt: Die Datenlage

Bildungspolitik: Föderalismus reicht nicht

#### 5 projekte

DGB-Jugend: Wahl-Materialien

Matrix: DQR und DGB

Topfit nach Israel: Leitlinien

#### 6 jav-ratgeber

Übernahme: Gerichte stärken Rechte von JAV-Mitgliedern

#### 7 bezirke + gewerkschaften

IG Metall-Studie: Zur Lage junger Menschen

Kurzarbeit und Insolvenz: DGB NRW berät

### BÜNDNIS FÜR OHREN

## Stimmen gegen Rechts

»Nazis aus dem Takt bringen« heißt eine neue Initiative, die von der DGB-Jugend unterstützt wird. Mitmachen können junge Leute, die mit ihrer Musik und ihren Texten für Toleranz und Gerechtigkeit eintreten. [S](#)

[www.nazisausdemtaktbringen.de](http://www.nazisausdemtaktbringen.de)

## Junge Not

**DGB: Ausbildungsschirm** ■ Der DGB hat seine Forderung nach einem Schutzschild für Ausbildung bekräftigt: Die letzten Arbeitslosenzahlen hätten gezeigt, dass jüngere und ältere Menschen die Hauptbetroffenen der wirtschaftlichen Lage seien. Ihre Arbeitslosigkeit sei im Vorjahresvergleich mehr als dreimal so stark gestiegen wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. Qualifizierung der Un- und Angelernten sei in dieser Situation angebracht, um ihre Beschäftigungslage künftig krisensicherer zu machen.

Derzeit sind allein 1,5 Mio. junger Menschen zwischen 20 und 29 Jahren ohne Berufsabschluss, das entspricht 15% in dieser Altersgruppe.

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

## Mit Nachdruck

**BIBB: Neue Berufe** ■ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) setzt die Modernisierung der dualen Berufsausbildung in Deutschland fort: Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2009 gehen sieben neue oder modernisierte Ausbildungsberufe an den Start: Neu sind BergbautechnologIn, IndustrieelektrikerIn und Werkfeuerwehrmann/frau. »Überarbeitet« wurden Fotografin, KeramikerIn, MusikfachhändlerIn, Technische/r ModellbauerIn.

[www.bibb.de](http://www.bibb.de)

## Schlechter Trend

### Ausbildungsplatzzahlen Mai 2009

Im Mai 2009 zeigt sich der Ausbildungsstellenmarkt uneinheitlich: Je 100 BewerberInnen standen 84 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Anzahl der BewerberInnen liegt bei 442.602. Die Lücke zwischen BewerberInnen und betrieblichen Ausbildungsplätzen beträgt 85.836 – und wächst. Auffällig: der deutliche Rückgang an gemeldeten außerbetrieblichen Ausbildungsstellen um 41,1% im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Der Trend: Bis zu 10% weniger Ausbildungsstellen dieses Jahr.

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

### BewerberInnen: 442.602

Ost: 79.938 / West: 362.539

### unvermittelte: 230.062

Ost: 45.070 / West: 184.933

### betriebliche Ausbildungsstellen: 356.766

Ost: 56.357 / West: 300.093

### unbesetzte Ausbildungsstellen: 156.422

Ost: 32.924 / West: 123.320

Abweichungen der Summen entstehen durch fehlende Zuordnung Ost/West. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Mai 2009

## Info-Maschine

**Erste Wahl im Netz** ■ ErstwählerInnen nutzen besonders das Internet, um sich für ihre Wahlentscheidung zu informieren. Das geht aus einer Umfrage des, was Wunder, Internetportals »t-online« hervor. Für rund 83% der ErstwählerInnen im Alter von 16 bis 19 Jahren sind die im Netz angebotenen Infos der wichtigste Entscheidungsfaktor, um sich über politische Ziele der einzelnen Parteien eine Meinung zu bilden.

[www.t-online.de](http://www.t-online.de)

## Jugend bitte



A. Hoffmeier

### Verbände: BDKJ warnt Parteien

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) fordert alle Parteien im Superwahljahr auf, die drängenden Themen junger Menschen aufzugreifen. »Politik muss die Belange von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei allen Debatten und Entscheidungen umfassend berücksichtigen«, so die BDKJ-Bundesvorsitzende **Andrea Hoffmeier**.

Nach BDKJ-Sicht muss »das Recht auf eine sinnstiftende Tätigkeit für junge Menschen eingelöst und in die Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmangel einbezogen« werden. Desweiteren fordert der Dachverband der katholischen Jugendverbände den konsequenten Umbau der Sozialsysteme und die Einführung eines Grundeinkommens von Geburt an.

[www.bdkj.de](http://www.bdkj.de)

## Bewegungsmeldung

**Mobiles Studium** ■ Die Auslandsmobilität deutscher Studierender ist zwischen 2007 und 2009 von 23% auf 26% gestiegen.

[www.his.de](http://www.his.de)

## Nicht zeitgemäß

**Wehrpflicht** ■ Die Wehrpflicht ist ungerecht und überholt. Die Forderung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR), dem auch die DGB-Jugend angehört, lautet deswegen: abschaffen. Gemeinsam mit der Zentralstelle Kriegsdienstverweigerung hat der DBJR nun die Positionen der Bundestagsparteien eingefordert: Während Bündnis 90/Die Grünen und Linke auch abschaffen wollen, fordert die FDP die Aussetzung. **Ernst-Reinhard Beck**, für die CDU/CSU Mitglied im Verteidigungsausschuss, meint, »dass die Abschaffung der Wehrpflicht die Bundeswehr dümmere, ältere und teurere machen wird«. Der Staat brauche das Engagement junger Menschen in der Bundeswehr. Die SPD setzt auf einen freiwilligen Wehrdienst.

Infos: [www.dbjr.de](http://www.dbjr.de)

## Schnell aufwachen



U. von der Leyen

### Soziale Benachteiligung

Im Kampf gegen die Wirtschaftskrise will Bundesfamilienministerin **Ursula von der Leyen** (CDU) den Zugang zu früher Bildung für Jugendliche aus sozial schwachen

Familien fördern – auch europaweit.

Die EU-Mitgliedsländer sollten konkreter voneinander lernen, wenn es um den Übergang von der Schule in den Beruf geht.

## Bundesratsache

**Praktika** ■ Die rot-grüne Koalition in Bremen hat eine Bundesratsinitiative gestartet, die sich vor allem auf Praktika nach Studium bzw. Ausbildung bezieht: Darin wird neben einer gesetzlichen Klarstellung die Beweislastverteilung – wenn ausgebeutete PraktikantInnen sich für eine Klage auf Gehaltsnachzahlung entscheiden – und die Abschaffung von Ausschlussfristen gefordert.

Wann der Bundesrat die Angelegenheit behandelt, ist allerdings noch nicht klar.

[www.dgb-jugend.de/neue\\_downloads/data/antrag-bremen.pdf](http://www.dgb-jugend.de/neue_downloads/data/antrag-bremen.pdf)

## Waffenfreaks

**Jugend draußen** ■ Die Bundesregierung hat ein schärferes Waffenrecht beschlossen: Waffennarren sollen schärfer kontrolliert und »schwere Verstöße mit Gefängnis bestraft werden«, entschied das Kabinett Ende Mai 2009. Auch beschlossen: Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht mehr mit großkalibrigen Waffen schießen.

**Soli aktuell meint:** Na, dann kann ja nichts mehr *schieß* gehen.

## Zwang weltweit

**Neue ILO-Zahlen** ■ Die Gewinne aus weltweiter Zwangsarbeit belaufen sich nach einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) auf rund 20 Mrd. US-Dollar im Jahr. Nach der ILO-Definition ist Zwangsarbeit das genaue Gegenteil von menschenwürdiger Arbeit – die am wenigsten geschützten Personen, darunter Frauen und Jugendliche, sind besonders verletzlich. In Europa steht nach ILO-Angaben hauptsächlich Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft im Mittelpunkt.

[www.ilo.org](http://www.ilo.org)

## Personalie

**Florian Haggemiller** heißt der neue politische Referent des Bereichs Jugend beim DGB-Bundesvorstand. Der 27-Jährige wird sich u.a. um die Bildungsarbeit kümmern.



F. Haggemiller

# Um Chancen kämpfen

**Die Gewerkschaftsjugend war eine tragende Säule bei den europaweiten Demonstrationen am 16. Mai 2009. Jetzt heißt es: Für die Zukunft arbeiten.**

**D**ie Wirtschaft bietet Jugendlichen derzeit nicht allzuviel Perspektive: »Nur 50 Prozent der Azubis werden später übernommen«, rechnet Antonia Stöckert von der IG Metall-Jugend auf der Kundgebungsbühne am Berliner Hauptbahnhof vor. Die anderen schlagen sich prekär durchs Leben.

**Hier, am 16. Mai 2009**, auf einer der Demonstrationen anlässlich der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), werben die jungen MetalllerInnen für zwei wirtschaftspolitische Strategien: Erstens müssen alle Azubis nach der Ausbildung übernommen werden. Deshalb hat die IG Metall-Jugend die »Operation Übernahme« gestartet, mit der die Quote übernehmener Azubis gesteigert werden soll. Zweitens: die Rente mit 67, vom Kabinett beschlossen, muss wieder weg. Tenor: Wir lassen uns die Zukunft nicht verbauen.

Gerade beim zweiten Thema erntet die Jugendvertreterin viel Applaus. Die Leute wissen: Wenn die Politik jetzt nicht langfristig investiert in Bildung und Ausbildung, dann wird auch die Wirtschaft zum Erliegen kommen. Alte sollen länger arbeiten, Junge bekommen keine Stelle? Nein, so geht es nicht. »Dieser Kapitalismus muss weg«, schallt es von der Bühne. »Und der andere auch«, kommt es von unten zurück. Zugaben soll die junge Rednerin geben.

**Der Startort** des anderen Berliner Demozuges ist der Breitscheidplatz. Dort hat ebenfalls die Gewerkschaftsjugend das Wort. Jörg Grünefeld, Bundesvorsitzender der ver.di Jugend, beschwört die Formel »Wir sind sozial unruhig«.

Hintergrund: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hatte vor nachhaltigen Störungen des sozialen Friedens in Deutschland gewarnt, sollten die Auswirkungen der Finanzkrise denen angekreidet werden, die sie nicht verursacht haben: den ArbeitnehmerInnen. Die Gewerkschaftsjugend hat sich genau diese soziale Unruhe nun auf die Fahnen geschrieben.

Junge Leute seien »der große Verlierer dieser Krise«, wie die letzten Monate ge-

zeigt hätten, sagt Grünefeld: »Und deshalb stehen wir hier und fordern eine wirkliche Erneuerung, hin zu einer Gesellschaft, in der die Jugend Perspektiven und eine Zukunft hat.«

**Einen Gewinner** gibt es aber an diesem Tag auf jeden Fall: die Gewerkschaftsbewegung. Der EGB hatte mit 200.000 TeilnehmerInnen an den insgesamt europaweit vier Orten – Madrid, Brüssel, Prag und Berlin – gerechnet. Gekommen sind mehr als 350.000.

Manch einer könnte sich aber durchaus noch mehr Engagement vorstellen: Barbara Marx, stellvertretende Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftsjugend, die in Prag dabei ist, hatte auf einen kämpferischeren Auftritt gehofft: »Die Demo in Prag war, kein Zweifel, gut organisiert vom Start-

punkt bis zur Kundgebung. Große politische Visionen für die Zukunft Europas oder der internationalen ArbeiterIn-

nenbewegung gab es aber nicht, obwohl ich mir das schon sehr gewünscht hätte.«

Auch in Berlin konnte man noch während der Veranstaltung kritische Töne vernehmen: »Hunderttausend sind noch nicht genug, wir müssen Millionen werden«, sagte der IG BAU-Chef Klaus Wieseühgel. Er mahnte an, man solle in den Betrieben für mehr Widerstand sorgen.

**Druck ist nötig**, meint auch die DGB-Jugend – und hat die Zeit nach den EGB-Aktionstagen genutzt: Auf der Sitzung des Bundesjugendausschusses am 3. und 4. Juni 2009 in Steinbach haben die Delegierten im Vorfeld und zur Unterstützung des Bildungsstreiks vom 15. bis 19. Juni 2009 ein Zehn-Punkte-Programm für eine gemeinsame nationale Bildungsstrategie, abgestimmt zwischen Bund, Ländern und Kommunen, verabschiedet. Kernpunkt: Ungleichheit bei der Verteilung von Chancen muss dringend bekämpft und ein sozial gerechtes und qualitativ gutes öffentliches Bildungswesen aufgebaut werden. »Auf jeder Stufe unseres Bildungswesens muss es Rechtsansprüche geben – bis hin zum Recht auf Aus- und Weiterbildung«, heißt es in der Erklärung.

»Wer Bildungsarmut bekämpfen will, muss soziale Barrieren abbauen«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf. Ohne die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung lasse sich soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in Deutschland nicht erreichen.



EGB-Aktionstag in Berlin: Impressionen



# Übernahme heißt die Antwort

**IAB: Jeder fünfte Ausbildungsabsolvent wird erst einmal arbeitslos. Die DGB-Jugend fordert Unterstützung für BerufsanfängerInnen.**

In den letzten 15 Jahren wurde im Schnitt fast jeder fünfte westdeutsche Absolvent nach der Ausbildung zunächst arbeitslos. Dies zeigen neueste Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In Krisenzeiten waren es teilweise sogar bis zu 22 Prozent.

DGB-Jugend-Ausbildungsexperte Dirk Neumann sagte angesichts der IAB-Veröffentlichung, Politik und Unternehmen müssten nun die richtigen Konsequenzen ziehen: »Die DGB-Jugend fordert eine Übernahmeprämie für Unternehmen, die einen Auszubildenden aus einem insolventen Betrieb übernehmen. Und diese muss zügig umgesetzt werden.«

**Gut sechs von zehn** westdeutschen AusbildungsabsolventInnen wurden von ihren Betrieben übernommen, analysierte das IAB. Ein knappes Fünftel verließ zwar den Betrieb, fand jedoch direkt im Anschluss eine andere Stelle.

Den zunächst arbeitslosen Ausgebildeten gelang in der Regel innerhalb von drei Monaten der Berufseinstieg bei einem anderen Arbeitgeber. In wirtschaftlich angespannten Zeiten häuften sich jedoch auch Arbeitslosigkeitsphasen von vier und mehr Monaten, schreiben die IAB-ArbeitsmarktforscherInnen Holger Seibert und Corinna

Kleinert: So waren im Jahr 2004 elf Prozent der AbsolventInnen bis zu drei Monate und neun Prozent mindestens vier Monate arbeitslos.

Mit längerer Arbeitslosigkeit wird es immer schwieriger, noch eine Stelle im erlernten Beruf zu bekommen. Etwa die Hälfte der neu Ausgebildeten, die erst nach mindestens viermonatiger Arbeitslosigkeit eine Stelle fanden, wechselte dabei das Berufsfeld.

**Wer nach der Ausbildung** zunächst arbeitslos wurde, verdiente bei der ersten Stelle durchschnittlich rund 20 Prozent weniger als die von ihren Ausbildungsbetrieben übernommenen AbsolventInnen. Wer ohne arbeitslos zu werden unmittelbar nach der Ausbildung den Betrieb wechselte, verdiente dagegen in der Regel sogar mehr als die Übernommenen.

Zwar fanden bis zum 30. September 2008 insgesamt rund 616.000 BewerberInnen einen Ausbildungsplatz. Aber das IAB rechnet aufgrund der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 mit einem erheblichen Rückgang des Angebots. Da die Schulabgängerzahlen jedoch zumindest in Ostdeutschland weiter sinken, sei nicht zwangsläufig eine neuerliche Ausbildungslücke in größerem Umfang zu erwarten.

Von Entwarnung könne aber trotzdem keine Rede sein: Selbst bei der vergleichsweise günstigen Situation am Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 2008 konnten nicht alle BewerberInnen adäquat versorgt werden, betonen die Nürnberger ArbeitsmarktforscherInnen. Leistungsschwächere Jugendli-

che gingen auch in konjunkturell guten Zeiten bei der Ausbildungsstellensuche häufig leer aus.

Angesichts dieser Entwicklung appellieren Gewerkschafter wie Neumann daher an die Arbeitgeber, die Altersteilzeit als Brücke in Beschäftigung zu nutzen: »Frei werdende Stellen sollten mit einem ehemaligen Auszubildenden dauerhaft besetzt werden.« [5]

Die IAB-Studie im Internet: <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb1009.pdf>

## ANGEZÄHLT

### Die Datenlage

**2,8** Prozent sollen die Bruttoverdienste der Beschäftigten 2008 laut Statistischem Bundesamt in Deutschland gestiegen sein. Finanzkrise ist längst nicht überall: Das Amt weist darauf hin, dass es bei Führungskräften deutlich höhere Lohnzuwächse als bei gering Qualifizierten gegeben hat.

**2,6** Prozent betrug die Preissteigerung im selben Zeitraum.

**2,1** Prozent beträgt der Zuwachs an Produktivität in Deutschland gemessen an den Lohnstückkosten. Das ist EU-Minusrekord.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

**16** Prozent beträgt hierzulande der Anstieg von rechtsextremistischen Straftaten im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt zählte der Verfassungsschutz 19.890 rechtsextremistische Straftaten, darunter 1.042 mit Gewalt gegen Menschen. [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de) [5]

# Föderalismus reicht nicht

**HRK zur Bildungspolitik: Die Verfassung muss geändert werden.**

Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Margret Wintermantel, fordert mehr verfassungsrechtlichen Spielraum für die Bildung. Die Föderalismusreform habe die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundes stark eingeschränkt.

Konkret fordert die HRK eine Änderung des Artikels 104b des Grundgesetzes, dessen erster Satz beginnt: »Der Bund kann, soweit dieses Grundgesetz ihm Gesetzgebungsbefugnisse verleiht, den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und der Gemeinden

(Gemeindeverbände) gewähren (...)«. Hier soll der Einschub »soweit dieses Grundgesetz ihm Gesetzgebungsbefugnisse verleiht« gestrichen werden.

Damit wären nach Ansicht der HRK Bundesfinanzhilfen für bedeutsame Investitionen der Länder uneingeschränkt möglich, etwa wenn sie das wirtschaftliche Wachstum fördern oder unterschiedliche Wirtschaftskraft ausgleichen. Das Einverständnis der Länder sei aber in jedem Fall Voraussetzung, sodass sie weiter ein entscheidendes Mitspracherecht hätten und keine ungewollte Einflussnahme des Bun-

des durch ausufernde Finanzhilfen zu befürchten bräuchten.

Wintermantel nannte Ausbau und Sanierung der Hochschulen »Aufgaben von nationalem Interesse« in einer finanziellen Größenordnung, bei der der Bund gefragt sei.

Die HRK geht von einem Sanierungstau von ca. 25 Milliarden Euro aus. Ohne eine Beteiligung des Bundes bestehe die Gefahr, dass sich unerledigte Aufgaben weiter anhäuften und die Entwicklung in den Ländern weiter auseinanderdrifte. [5]

[www.hrk.de](http://www.hrk.de)

# Unser Thema heißt: Politik

**Die Materialien der DGB-Jugend rund um die Wahlen 2009 sind ab jetzt bestellbar.**


**D**ie Bundestagswahl 2009 ist für die DGB-Jugend Anlass, für dieses Jahr und darüber hinaus ihre Kernthemen mit Materialien für die Bildungsarbeit in Berufsschule, Betrieb und Jugendgremien zu platzieren – d.h. Themen, die Jugendliche und junge Erwachsene betreffen, in den Vordergrund zu rücken und die Anforderungen der Gewerkschaftsjugend an eine jugendgerechte Politik zu transportieren.

Die DGB-Jugend und ihre Mitglieds-gewerkschaften sollen als wirkungsvolle und wahrnehmbare Interessenvertretung für die junge Generation wahrgenommen werden. Claim für alle Materialien: »Gute Ausbildung, Gute Arbeit, Gutes Leben – Wir sind dran!«

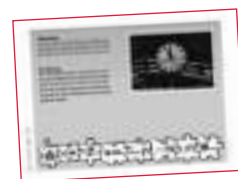
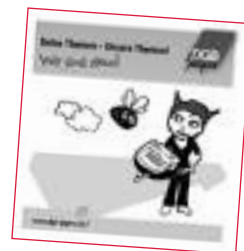
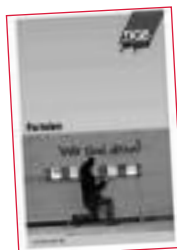
Die DGB-Jugend hat dafür eigens eine Projektbox entwickelt, mit der Seminare und Aktionen gestaltet werden können. Darin geht es um grundsätzliche Themen des

politischen Systems wie Demokratie, Wahlen und Parteien und um die Forderungen der Gewerkschaftsjugend: »Mindestlohn«, »Jugendarbeitsschutzgesetz«, »Generation Praktikum«, »Ausbildung für Alle«, »Arm und reich – keine soziale Spaltung der Gesellschaft!«.

Ausgestattet ist die Projekt- und Aktionsbox mit Themenbroschüren, einer Kurzclip-DVD und Aktionskarten für die konkrete Handlung vor Ort. Weitere Materialien sind eine Multi-Media-DVD zum Thema Rechtsextremismus, ein Video-Clip, Plakate und Flyer.

DGB-Jugend-Referentin Mirjam Blumenthal: »Im Wahljahr soll den Jugendlichen verdeutlicht werden, welche demokratische Rolle und Gestaltungsmöglichkeit sie als Wählerinnen und Wähler mit ihrer Stimme haben. Auch und gerade in Bezug auf die Verhinderung von unsozialer, arbeitnehmerfeindlicher und rechtsextremer Politik.« 

**Bestellungen und Information: Tel.: 030 / 24 06 03 71, [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)**




## Ab in die Matrix

**Positionen und Streitpunkte: Der DQR aus gewerkschaftlicher Sicht.**

**M**it dem »Diskussionsvorschlag eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) für lebenslanges Lernen« liegt nun ein Zwischenstand vor, auf den sich alle Akteure der Berufsbildung in Deutschland einigten: Sie haben sich auf eine Matrix verständigt, die berufliche Handlungsfähigkeit auf acht Qualifikationsniveaus beschreibt.

Welche Streitpunkte offenblieben, welche kritischen Entscheidungen im Verlauf dieses Jahres anstehen und wie sich der DGB dazu positioniert, dazu gibt es jetzt die Broschüre »Der Deutsche Qualifikationsrahmen. Chancen und Risiken aus gewerkschaftlicher Sicht«. Zur Erinnerung: Es waren die Gewerkschaften, die dafür sorgten,

dass im DQR »Kompetenz« umfassender und weniger technokratisch als im europäischen Format EQR verstanden wird (siehe Soli 3-2009).

Viele Fragen sind allerdings noch offen: etwa, nach welchen Kriterien und von wem Kompetenzen erfasst, bewertet werden können, die nicht auf »formalem« Weg – also im institutionalisierten und standardisierten Bildungssystem – erworben werden. Hier besteht noch großer Forschungs-, Entwicklungs- und Diskussionsbedarf. 

**DGB (Hg.): Der Deutsche Qualifikationsrahmen. Chancen und Risiken aus gewerkschaftlicher Sicht. Bestellung und Download: [www.dgb-bestellservice.de](http://www.dgb-bestellservice.de)**



### VERREISEN

## Topfit nach Israel

**Für den Israelaustausch der Gewerkschaftsjugend wird es künftig Mindeststandards geben.**

Die DGB-Jugend fördert den Israelaustausch der Gewerkschaftsjugend – aber sie knüpft ihn seit Neuestem an Mindeststandards: TeilnehmerInnen aus Deutschland müssen politisches Interesse an Gewerkschaften und Sensibilität für Themen wie Antisemitismus und Rassismus mitbringen – ebenso wie an der aktuellen politischen Situation in Israel. Sie sollten zwischen 18 und 27 Jahre alt und bereit sein, sich beim Gegenbesuch zu engagieren. Nicht zuletzt ist eine freundschaftliche Gesinnung gegenüber Israel von Vorteil. Es wird obligatorische Vor- und Nachbereitungstreffen mit Arbeitsaufträgen für die Delegationen geben – und jährliche Koordinationstreffen. 

**Infos: DGB-Jugend, Jessica Heyser, Tel.: 030 / 24 06 01 71, E-Mail: [jessica.heyser@dgb.de](mailto:jessica.heyser@dgb.de)**

# Unzumutbar? Gibt's nicht!

## BAG-Entscheidung stärkt die Rechte von JAV-Mitgliedern.

**E**ine gute Nachricht für alle Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen (JAVis), die von ihrem Recht auf Übernahme in ein unbefristetes, ausbildungsentsprechendes Vollzeitverhältnis Gebrauch machen wollen: Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Nürnberg bestätigt, wonach einem Arbeitgeber die Übernahme eines durch § 78a Betriebsverfassungsgesetz geschützten Azubis nicht allein deshalb »unzumutbar« ist, weil er sich entschlossen hat, im Betrieb anfallende Arbeitsaufgaben künftig LeiharbeiterInnen zu übertragen (siehe auch Soli 6-2007).

Aufgrund der höchstrichterlichen Klärung haben JAV-Mitglieder nun die besten Karten, eine Übernahme zu erreichen, wenn zum Abschluss der Berufsausbildung auf freien Arbeitsplätzen LeiharbeiterInnen eingestellt werden sollen.

Wichtiger Hinweis: In zahlreichen Fällen gibt es Zweifel daran, ob tatsächlich bei Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses eine ausbildungsentsprechende Beschäftigungsmöglichkeit in einem unbefristeten Vollzeitverhältnis besteht. Viele JAVis, die sichergehen wollen, erklären gegenüber dem Arbeitgeber, dass sie auch hilfsweise eine befristete Tätigkeit bzw. ei-

ne Teilzeittätigkeit akzeptieren oder aber, dass sie vorübergehend eine nicht der Ausbildung entsprechende Tätigkeit ausüben würden.

Laut BAG muss eine entsprechende Erklärung so schnell wie möglich erfolgen, nachdem der Arbeitgeber mitgeteilt hat, dass er keine Übernahme plant. Dabei muss das JAV-Mitglied auch die hilfsweise für möglich gehaltene Beschäftigung so konkret beschreiben, dass vom Arbeitgeber

erkannt werden kann, wie sich das JAV-Mitglied eine Weiterarbeit vorstellt. ☐

BAG Erfurt, Az.: 7 ABR 13/07, [www.bundesarbeitsgericht.de](http://www.bundesarbeitsgericht.de)



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Rechtsanwalt Wolf-  
Dieter Rudolph, Berlin

## Die Situation entscheidet

### Öffentlicher Dienst: Anspruch auf Weiterbeschäftigung eines JAV-Mitglieds verbessert.

**D**as Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), für die Frage der Übernahme von JAV-Mitgliedern im Bereich des öffentlichen Dienstes zuständig, hat in einer aktuellen Entscheidung dafür gesorgt, dass für die Angehörigen einer Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung die Chance auf eine Übernahme im Einzelfall erheblich gestiegen ist: Aus § 9 Bundespersonalvertretungsgesetz ergibt sich danach für JAV-Mitglieder, die

in einem Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungs-, Krankenpflege- und Hebammengesetz stehen, ein Anspruch auf Übernahme in ein ausbildungsentsprechendes, unbefristetes Vollzeitverhältnis.

Voraussetzung dafür ist: Der Auszubildende hat innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung des Ausbildungsverhältnisses seine Weiterbeschäftigung schriftlich verlangt.

Das per Gesetz vorgesehene Zustandekommen eines entsprechenden Ausbildungsverhältnisses kann vom Arbeitgeber nur dadurch verhindert werden, dass es ihm gelingt, das Gericht zu überzeugen, dass ihm eine Weiterbeschäftigung nicht zugemutet werden kann.

Hauptfall der Unzumutbarkeit ist auch im öffentlichen Dienst, dass zum Zeitpunkt der Beendigung des Ausbildungsverhältnisses kein auf Dauer angelegter Arbeitsplatz, der der Ausbildung des JAV-Mitglieds entspricht, bereitgestellt werden kann. Bei der Prüfung, ob eine entsprechende Weiterbeschäftigung besteht, ist allein die Situation in der Ausbildungsdienststelle entscheidend.

Nach Auffassung der höchsten deutschen Verwaltungsrichter ist dieses allerdings bei Mitgliedern einer Stufenvertretung anders. Hier kommt es bei der Prüfung, ob ein ausbildungsadäquater Dauerarbeitsplatz zur Verfügung steht, auf die Situation aller Dienststellen an, bei denen die Stufen-JAV gebildet ist.

In dem zu entscheidenden Fall hatte eine bei der Hauptverwaltung Berlin der Deutschen Bundesbank tätige Auszubildende eine Weiterbeschäftigung gefordert. Sie war sowohl Mitglied der örtlichen JAV als auch der Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung. ☐

BVerwG, Beschluss vom 19. Januar 2009, Az.: 6 P 1/08, abgedruckt in: »Der Personalrat« 5-2009

## Vollzeit ist richtig

Das Landesarbeitsgericht (LAG) Köln hat es Arbeitgebern wesentlich erschwert, die Weiterbeschäftigung gemäß § 78a Betriebsverfassungsgesetz unter dem Hinweis auf eine Unzumutbarkeit zu verhindern.

Danach ist eine Weiterbeschäftigung auch dann zumutbar, wenn zwar kein Arbeitsplatz, der dem Ausbildungsberuf selbst entspricht, frei ist, jedoch mit Zustimmung des betroffenen JAV-Mitglieds eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses auf einem Arbeitsplatz für angelernte Mitarbeiter in Betracht kommt.

Im Kölner Fall deckten die Tätigkeiten des für angelernte Mitarbeiter vorgesehenen Arbeitsplatzes nicht den gesamten Bereich des Berufsbildes des JAV-Mitglieds ab. Das LAG hat jedoch darauf hingewiesen, dass ein solcher

Sachverhalt ähnlich zu bewerten ist wie das Verlangen eines JAV-Vertreters nach Weiterbeschäftigung, der die Abschlussprüfung nicht bestanden hat.

Hier gilt, dass eine Weiterbeschäftigung auf einem minderqualifizierten Arbeitsplatz Vorrang hat vor der Beendigung des Vertragsverhältnisses. Ziel: die Kontinuität der Amtsführung der JAV und den persönlichen Schutz des JAV-Mitglieds wahren.

Der Arbeitgeber hätte darstellen müssen, dass über den unstreitig freien Teilzeitarbeitsplatz hinaus keine freien und in Zukunft durch Befristungsablauf frei werdenden Teilzeitarbeitsplätze vorhanden sind – und dass eine Aufstockung des von dem JAV-Mitglied begehrten Arbeitsplatzes arbeitstechnisch unmöglich ist. ☐

LAG Köln, Beschluss vom 15. Dezember 2008, Az.: 2 TaBV 13/08

# Auf der Bremsspur

**IG Metall-Studie: Die Krise belastet junge Menschen mehr als andere.**

**E**ine Gesellschaft, die die Entfaltungsmöglichkeiten und Perspektiven ihrer jungen Generation stiefmütterlich behandelt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit.«

Für den IG Metall-Vorsitzenden Bernhard Huber ist die Jugend derzeit Krisenthema Nummer 1: Eine aktuelle Studie des Instituts TNS Infratest, die im Auftrag der Metall-Gewerkschaft durchgeführt wurde,

belegt, dass Praktika, Leiharbeit, Zeitarbeit und befristete Jobs immer mehr die Arbeitswelt und die Lebenserfahrung von jungen ArbeitnehmerInnen prägen.

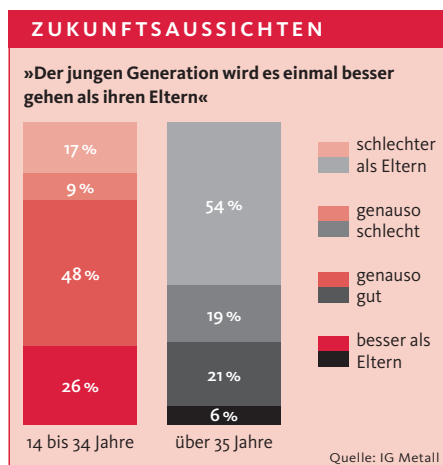
Zentrales Ergebnis: Das Normalarbeitsverhältnis ist auf dem Rückzug. Über 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Bei BerufseinsteigerInnen unter 24 Jahren sind sogar vier von zehn in befristeter Beschäftigung.

Laut Studie verlieren junge ArbeitnehmerInnen sechsmal häufiger ihren Arbeitsplatz als Menschen über 35. Fast vier von zehn jungen Erwerbstätigen (37 Prozent) haben in ihrem bisherigen Berufsleben den Arbeitsplatz ungewollt gewechselt. Und jeder dritte (32 Prozent) war bereits mehr als sechs Monate arbeitslos.

Die Erhebung belegt, dass bereits die Schul- und die Berufsausbildung die Prekarisierung vorherbestimmen. Vor allem HauptschülerInnen hätten geringe Chancen, der »Falle Prekariat« zu entfliehen.

Große soziale Unterschiede und strukturelle Ungerechtigkeiten prägen zunehmend die Gesellschaft, belegen die Zahlen. Der größte Skandal sei, heißt es in der Studie, dass diese Missstände mittlerweile als Normalität wahrgenommen würden. [5]

[www.gutes-leben.de](http://www.gutes-leben.de)



## Kurzarbeit und Insolvenz

**DGB und Handwerkskammern in NRW beraten Auszubildende.**

**D**GB NRW und Westdeutscher Handwerkskammertag haben gemeinsam eine Broschüre herausgebracht, die Auszubildenden im Fall von Kurzarbeit und Insolvenz des ausbildenden Betriebs helfen soll.

Sie enthält Informationen darüber, welche Auswirkungen Kurzarbeit und Insolvenz auf die Ausbildung haben und welche rechtlichen Handlungsmöglichkeiten sie ausschöpfen können. Außerdem werden AnsprechpartnerInnen genannt, die von den Auszubildenden konsultiert werden können, wenn das Ausbildungsverhältnis infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise gefährdet ist (siehe auch Soli 3-2009, »Azubis in der Krise: Kurzarbeit«).

»Die Auszubildenden sind sehr verunsichert, weil sie nicht wissen, was die Krise für sie bedeutet. Mit unserer Broschüre wollen wir den jungen Menschen eine erste Orientierung bieten«, sagt Guntram Schneider, der DGB-Vorsitzende in NRW.

Wichtig ist vor allem, keine falschen Entscheidungen zu treffen: So sollte man auf keinen Fall Vereinbarungen eingehen, durch die man auf die Zahlung der Ausbildungsvergütung verzichtet – auch dann nicht, wenn der Arbeitgeber sagt, dass man damit das Ausbildungsverhältnis retten kann. Ein solcher Verzicht kann Auswirkungen auf den Anspruch auf Insolvenzgeld haben. [5]

[www.dgb-jugend-nrw.de/files/folder-insolvenz-kurzarbeit\\_download.pdf](http://www.dgb-jugend-nrw.de/files/folder-insolvenz-kurzarbeit_download.pdf)

### KURZ UND KLEIN

#### Aktivposten

□ Im Anschluss an den Landesjugendausschuss (24. Juni) veranstaltet die **DGB-Jugend Thüringen** am 27. Juni 2009 gemeinsam mit dem Netzwerk Demokratie und Courage ein Seminar zum Thema »Widerstände in der Bildungsarbeit an Schulen« in Erfurt im offenen Jugendbüro »filler«.

Zusammen mit der **ver.di Jugend Hessen** wird vom 26. bis 28. Juni 2009 das Sommercamp in Vogelsberg veranstaltet.

[www.thueringen.dgb.de/Jugend](http://www.thueringen.dgb.de/Jugend),  
[www.dgb-jugend-hessen.de](http://www.dgb-jugend-hessen.de)

□ Vom 26. bis 28. Juni 2009 findet im Jugendgästehaus Saarbrücken das gewerkschaftspolitische Grundlagenseminar »Solidarity – Wer, wenn nicht wir?« der **DGB-Jugend West** statt.

Infos: Daniel Hard, Tel. 061 31 / 28 16 28,  
E-Mail: [Daniel.Hard@dgb.de](mailto:Daniel.Hard@dgb.de)

□ Achtung, Baden-Württemberg: Die Bezirksjugendkonferenz der **DGB-Jugend BaWü** findet vom 19. bis 21. Juni 2009 statt.

Achtung, DGB-Jugend-Camp Markelfingen: Die **IG Metall-Jugend** logiert dort vom 25. bis 29. Juni. 2. bis 5. Juli: Tagung »Gute Ausbildung – Gute Arbeit«. 6. bis 8. Juli/13. bis 15. Juli 2009: Camp »Ready-Steady-Go«. Noch größer, noch schöner: Zum ersten Mal wird das legendäre Sommercamp der **jungen NGG Baden-Württemberg** und Bayern vom 16. bis 19. Juli 2009 bundesweit ausgeschrieben. Das bedeutet: vier Tage Action, Fun and Politics.

[www.dgb-bw.de/jugend/markelfingen](http://www.dgb-bw.de/jugend/markelfingen)

□ Mit einer staatlichen Ausbildungsprämie von 5.000 Euro will die **IG BCE** der drohenden Ausbildungsstellenknappheit im Krisenjahr 2009 begegnen. Die Prämie ist Teil eines Sofortprogramms der Gewerkschaft gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit, kürzlich vorgestellt auf der IG-BCE-Bundesjugendkonferenz in Halle. »Die Politik darf nicht tatenlos zusehen, wenn junge Menschen zu Zehntausenden um Zukunftschancen gebracht werden«, sagt IG BCE-Vorstand Michael Vassiliadis. Schon heute sei eine riesige Ausbildungsstellenlücke absehbar.

[www.igbce-jugend.de](http://www.igbce-jugend.de)

□ Die Deutsche Post AG hat für sich und ihre zahlreichen Unterfirmen die endgültigen Zahlen der Ausbildungsplätze im Konzern bekanntgegeben. 1.600 sollen es sein für das Ausbildungsjahr 2009. Auf die Deutsche Post AG selbst entfallen davon nur 1.065, das sind noch einmal 132 weniger als im Vorjahr.

Das ist bei weitem nicht genug, sagt die **ver.di Jugend** – und geht jetzt in die Offensive: Mit dem Internetportal »Wer ist Frank?« gibt die Dienstleister-Jugendabteilung im Fachbereich Postdienste, Speditionen und Logistik der Forderung nach mehr Ausbildungsplätzen beim börsennotierten Unternehmen ein »Gesicht«.

»Frank« anschauen auf  
[www.wer-ist-frank.info](http://www.wer-ist-frank.info)

**BUCH DES MONATS**

Bernd Schuhmann hat Buch geführt: 21.960,72 Euro sind dem gelernten Drucker in andert-halb Jahren durch die Lappen gegangen. Schuhmann ist Leiharbeiter. Und für die gelten in Deutschland besondere Regeln: Sie haben flexibel abrufbar und billig zu sein. Meist verdienen sie ein Drittel weniger als ihre festangestellten KollegInnen. Für die meisten Prekären gilt: einmal Leiharbeiter, immer Leiharbeiter. Der Niedriglohnsektor weitet sich aus, das Tarifsystem gerät immer stärker unter Druck. Fälle wie jenen von Bernd Schuhmann hat der Autor Gerhard Schröder (nicht verwandt mit dem berühmten Politiker gleichen Namens) in seinem Buch gesammelt und analysiert. Er stellt diese in zweifachem Sinne »junge« Branche – in der Leiharbeit sind überdurchschnittlich viele junge Leute beschäftigt – auf den Prüfstand und beleuchtet die gesellschaftlichen Veränderungen, unter denen sie entstanden ist.

Gerhard Schröder: *Fleißig, billig, schutzlos. Leiharbeiter in Deutschland, Fackelträger-Verlag, Köln 2009, 224 S., 16,95 Euro*



**+ Praktika** – sie werden von jungen Leuten als notwendige Brücke in knappe Erwerbsarbeit verstanden. Insgesamt gab es im Jahr 2006 nach Angaben des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) in Deutschland ca. 600.000 PraktikantInnen in etwa 300.000 Betrieben. Das IAB hat deutliche Spuren eines Missbrauchs gefunden – und dass Praktika als Äquivalent zu Ausbildungsverträgen auf Akademikerarbeitsmärkten dienen. Außerdem bestätigt sich die Vermutung, dass es dort vermehrt Praktika gibt, wo die Arbeitslosenquote hoch ist.

Die Studie im Download: [http://doku.iab.de/zaf/2008/2008\\_4\\_zaf\\_Hohendanner\\_Janik.pdf](http://doku.iab.de/zaf/2008/2008_4_zaf_Hohendanner_Janik.pdf)

**+ Daten:** Die Bundesagentur für Arbeit stellt seit Neuestem statistische Informationen zu Maßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren bereit.

[www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/f.html](http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/f.html), Stichwort »Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente nach Rechtskreisen für Personen unter 25 Jahre«

**+ Überblick:** Alle Ausbildungsberufe, die es gibt, auf einen Blick – das bietet das jährlich neu erscheinende Nachschlagewerk des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

BIBB (Hg.): *Die Ausbildungsberufe, W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2008, 579 S., 29,90 Euro*

**IMPRESSUM**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: [jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

Internet: [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

**SEMINARE**

**Organizing:** In Europa gibt es eine lebendige Debatte um die Erneuerung von Gewerkschaften. Organizing spielt hier eine zentrale Rolle – dass Beschäftigte sich selbst in Bewegung setzen und ihre Probleme angehen, Strukturen zur Durchsetzung ihrer Interessen aufbauen. Im Organizing-Seminar soll dieser Ansatz für deutsche Gewerkschaften erkundet werden. Junge GewerkschafterInnen und AktivistInnen aus verschiedenen Projekten in Europa werden teilnehmen. Das Treffen findet im DGB-Jugendcamp in Markelfingen am Bodensee statt. Geschlafen wird im Zelt.

23. bis 26. Juli 2009. Markelfing/Bodensee. Buchungscod **ORG 609278875**

**»Students at work« – Die Einführung:** In diesem Seminar werden umfassende Grundkenntnisse über die sozial- und arbeitsrechtlichen Pflichten und Rechte von Studierenden vermittelt. Ausgehend von den allgemeinen Regelungen sollen Besonderheiten des Studierendenstatus aufgezeigt und gewerkschaftspolitisch debattiert werden. Für Studierende, die in Zukunft in den gewerkschaftlichen Hochschulinformationsbüros und Campus Offices als BeraterIn arbeiten möchten. Vorkenntnisse: nicht erforderlich.

17. bis 21. August 2009. DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen. Buchungscod **ABE 609278850**  
Anmeldung: [www.dgb-jugendbildungszentrum.de](http://www.dgb-jugendbildungszentrum.de)

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
**DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich  Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	